

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 311

Einwohnerratssitzung vom Montag, 26. August 2002, 19.00 Uhr
in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	32 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Graf Rös, Ramseier Petra, Reichmuth Tobias, Reischenböck Florian, Ris Dora, Stohler Dieter, von Arx Christine, Wehrli Samuel
Vorsitz	Stefan Löw, Präsident
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Hansueli Schwob

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|-----|---|--------|
| 1. | Interpellation von Heinz Mattmüller betreffend „Einbürgerungswesen“ / Rückzug | 2220 |
| 2. | Interpellation von Stephan Ackermann betreffend „Erlebnisraum“ / Rückzug | 2218 |
| 3. | Ersatzwahl in die Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsperiode bis 31. Dezember 2004. | 1)2223 |
| 4. | Reglement über die Handhabung des Lohnsystems der Gemeinde Pratteln (Lohn- und Zulagenreglement) | 2219 |
| 5. | Reglement über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtlichen Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) | 2225 |
| 6. | Asilo „cappuccetto rosso“: Umwandlung des Asilo „cappuccetto rosso“ in eine Gemeindeinstitution und Namensänderung in „Rotchäpli“ | 2226 |
| 7. | Gründung einer Aktiengesellschaft Kopfstation der Grossgemeinschafts-Antennenanlage GGA | 2212 |
| 8. | Bewilligung von Nachtrags- bzw. Zusatzkrediten / Erneuerung der Heizunterstation im Schulhaus Fröschmatt I | 2213 |
| 9. | Kantonales Durchgangszentrum für Asylbewerber auf Parzelle 4766 im Gebiet Wannen der Gemeinde Pratteln | 2222 |
| 10. | Investitionsprogramm 2003 – 2007 | 2224 |
| 11. | Abfallreglement, Zwischenbericht der Kommission | 2132 |
| 12. | Motion von Siegfried Siegrist und Dieter Stohler betreffend „Liberalisierung der Ölfeuerungskontrolle“ | 2205 |

13. Fragestunde (nach der Pause)

- 1) Ersatzwahl für die per 31. August 2002 zurücktretende Rös Graf, Wahlvorschlag SP: Frau Annamarie Strickler Zaugg
-

Neue persönliche Vorstösse:

Es wurden keine persönlichen Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen:

- Einwohnerratspräsident Stefan Löw heisst den neuen Einwohnerrat Mike Wahli (SVP) herzlich Willkommen.
 - GR Felix Knöpfel informiert den Einwohnerrat, die Presse und die anwesenden Gäste über die Clean-Up-Aktion, welche am Samstag, 21. September 2002 im Raum Längi/Schweizerhalle durchgeführt wird.
-

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses:

ER-Präsident Stefan Löw schlägt vor, die heutige Einwohnerratssitzung so lange durchzuführen, bis das Geschäft Nr. 2212 erledigt ist.

Kurt Lanz, Urs Hess und Rudolf Meury sprechen sich klar gegen den Vorschlag aus.

Abstimmung

://: Der Vorschlag des Einwohnerratspräsidenten wird mit 24 : 6 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Geschäft Nr. 2220 Interpellation von Heinz Mattmüller betreffend „Einbürgerungswesen“

Aktenhinweis

- Interpellation vom 24. Juni 2002

://: Heinz Mattmüller zieht seine Interpellation mit Schreiben vom 25. Juni 2002 zurück.

Geschäft Nr. 2218 Interpellation von Stephan Ackermann betreffend „Erlebnisraum“

Aktenhinweis

- Interpellation vom 18. Juni 2002

://: Stephan Ackermann zieht seine Interpellation zurück.

Geschäft Nr. 2223 Ersatzwahl in die Sozialhilfebehörde

In stiller Wahl wird in die Sozialhilfebehörde für den Rest der Amtsperiode vom 01.09.2002 – 31.12.2004 gewählt:

://: **Annamarie Strickler Zaugg (SP)**

Geschäft Nr. 2219 Reglement über die Handhabung des Lohnsystems der Gemeinde Pratteln (Lohn- und Zulagenreglement)

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 18. Juni 2002

Der Rat beschliesst einstimmig Eintreten.

Beratung

Kurt Lanz: Die SP-Fraktion ist für die Überweisung des Geschäfts an eine Spezialkommission. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, ob sich das veränderte Lohnsystem positiv oder negativ auf die Gemeindefinanzen auswirkt. Wir bitten die Kommission, das vorliegende Reglement mit dem Reglement des Kantons zu vergleichen und insbesondere die Lohntabelle und die Anstellungsregelungen genau anzuschauen.

Walter Biegger: Mit dem vorliegenden Reglement wird die Lücke geschlossen, welche seit der Verabschiedung des Personalreglements vom 24. Januar 2000 bestanden hat. Auch die SVP-Fraktion ist für die Überweisung des Geschäfts an eine Spezialkommission. Das gilt auch für das Geschäft Nr. 2225. Angesichts der Komplexität und Brisanz der Vorlagen ist eine Kommissionsberatung unbestritten. Wir bitten die Kommission, angesichts der finanziellen Situation der Gemeinde Pratteln, bei der Ausgestaltung des vorhandenen Spielraums eine gewisse Zurückhaltung walten zu lassen.

Markus Dalcher (FDP-Fraktion) und Heinz Mattmüller (SD) plädieren dafür, dass sowohl das Geschäft 2219 als auch das Geschäft 2225 an eine Spezialkommission zu überweisen sind.

Rudolf Meury: Auch die CVP-Fraktion ist für die Überweisung an eine Spezialkommission. Bezüglich dem Geschäft 2225 ist zu sagen, dass das Reglement wesentlich „schlanker“ ausgestaltet werden muss und keine Pauschalen und keine Indexierung enthalten darf.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Geschäft Nr. 2219 „Reglement über die Handhabung des Lohnsystems der Gemeinde Pratteln (Lohn- und Zulagenreglement)“ wird an eine 9er-Spezialkommission überwiesen.

Geschäft Nr. 2225

Reglement über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtlichen Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement)

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 13. August 2002

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: Das Geschäft Nr. 2225 „Reglement über die Vergütung an Behörden, Kommissionen und nebenamtlichen Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement)“ wird an eine 9er-Spezialkommission überwiesen.
 - ://: Geschäfte Nr. 2219 und 2225 werden von der gleichen 9er-Spezialkommission beraten.
 - ://: Die Zusammensetzung der 9er-Spezialkommission wird von den Fraktionspräsidenten im Anschluss an die Einwohnerratssitzung beraten und beschlossen.
-

Geschäft Nr. 2226

Asilo „cappuccetto rosso“: Umwandlung des Asilo „cappuccetto rosso“ in eine Gemeindeinstitution und Namensänderung in „Rotchäppli“

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 13. August 2002

Eintretensdebatte

GR Max Hippenmeyer: Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist leider alles Nichts. Dieser Spruch trifft bestimmt auf die Asilo-Vorlage zu. Und da ich für die Finanzen verantwortlich bin, muss ich mich vor allem kopflastig mit dieser Vorlage auseinandersetzen. Und der Kopf sagt – im Gegensatz zum Herzen – klar nein zu einer Umwandlung in eine Gemeindeinstitution. Ich habe mehrmals darauf hingewiesen, dass neue Aufgaben (und die Übernahme des Asilo wäre eine neue Gemeindeaufgabe) durch Verzicht oder Einsparungen in anderen Bereichen oder aber durch Mehreinnahmen kompensiert werden müssen. Von Einsparungen oder Verzicht habe ich leider noch nichts bemerkt. Im Gegenteil: ich erinnere an die unlängst beschlossene Ausweitung des Angebotes im Jugendbereich. Folglich bleiben nur Mehreinnahmen, sprich eine Steuererhöhung. Es ist bereits in der Vorlage erwähnt: eine kostenneutrale Übernahme des Asilo hätte eine Steuererhöhung um 1 % zur Folge. Ich habe aber ebenso oft darauf hingewiesen, dass Steuererhöhungen für mich nicht in Frage kommen, da mit einer solchen Massnahme die Attraktivität unserer Gemeinde für Besserverdienende – und solche brauchen wir mehr denn je – entscheidend verschlechtert würde. Vor der Debatte muss ich Sie noch auf folgende Punkte hinweisen: Die in der Vorlage in Aussicht gestellte Kostenbeteiligung durch den Kanton ist aufgrund der heute geltenden Kriterien nicht möglich. Das Impulsprogramm ist für neue Plätze bestimmt und nicht für die Erhaltung bestehender. Wenn nicht in letzter Minute die Bestimmungen noch abgeändert werden – zuständig ist der Regierungsrat – hätte das logischerweise zur Folge, dass Pratteln von Anfang an die vollen Kosten zu tragen hätte.

Der Finanzausgleich 2002 fällt um CHF 600'000.— tiefer aus als budgetiert. Es dürfte also schwierig werden, im laufenden Jahr eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Sie haben dieses Jahr bereits 1,2 neue Stellen geschaffen. Mit der Übernahme des Asilo kämen weitere 3,1 Stellen dazu. Macht also 4,3 neue Stellen mit jährlich wiederkehrenden Kosten. Ich möchte an Ihre Argumente erinnern, mit denen viele von Ihnen, insbesondere auch Heinz Schiltknecht, die Aufstockung des Verwaltungspersonals um 225 Stellenprozente bekämpften und schliesslich nur befristet bewilligten. Wir sind bereits wieder auf dem Weg, Jahr für Jahr strukturelle Defizite in der Grössenordnung von einer halben Million zu machen. Eine Asilo-Übernahme ist dabei noch nicht berücksichtigt. Nach Adam Riese haben wir also ohne Gegenmassnahmen in 6 Jahren unser Eigenkapital wieder aufgebraucht und stehen am gleichen Ort wie 1997. Unser Spielraum wäre mit einer Übernahme des Asilo mehr als erschöpft. Über neu auf uns zukommende Projekte wie Blockzeiten und Mittagstisch könnten wir nicht einmal diskutieren. Dabei wäre der Wirkungsgrad in der Kinderbetreuung mit solchen Massnahmen mit Bestimmtheit wesentlich breiter. Neben dem "Chäferhuus" bietet der Tagesmütterverein Pratteln mit seinen 30 Tagesmüttern Betreuungsplätze für 46 Kinder an. Die Kosten für die Gemeinde betragen für diese 46 Plätze einen guten Drittel der Kosten für die Asilo-Übernahme. Synergien wären gefragt. Und nicht zuletzt stösst bei mir auf Unverständnis, dass sich die bisherige Trägerschaft nicht nur aus der Verantwortung verabschiedet, sondern auch noch eine Miete von CHF 12'000.— pro Jahr einfordert, notabene nachdem die Gemeinde bereits die Umbaukosten von CHF 80'000.— übernommen hat.

Das Fazit ist klar: Pratteln kann sich eine Ausweitung des Tagesheim-Angebots zur Zeit leider nicht leisten. Die Umwandlung des „cappucetto rosso“ in eine Gemeindeinstitution kann aus finanziellen Gründen nicht verantwortet werden. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und die Übernahme abzulehnen.

Urs Hess: Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass kein Geld für das asilo „cappucetto rosso“ vorhanden ist und wir bitten Sie, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Maya Wittwer: Die SP-Fraktion ist ganz klar für Eintreten. Man hat dem asilo Auflagen gemacht und es wäre gegenüber den Leuten im asilo unfair, wenn der Einwohnerrat nicht einmal über das Geschäft beraten würde.

Nadia Maurer und Heinz Mattmüller sind für Eintreten.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 17 : 14 Stimmen Eintreten und Direktberatung.

Direktberatung

Markus Dalcher: Nach eingehendem Studium der Vorlage gelangen wir zum Schluss, dass hier das Bedürfnis von ein paar Wenigen der angespannten Finanzlage der Gemeinde gegenüberstehen. Wir müssen Verantwortung tragen. Einerseits gegenüber Minderheiten mit hohen sozialen Ansprüchen und andererseits gegenüber der Mehrheit der Steuerzahler. Wir brauchen eine Finanzpolitik, welche Pratteln auch für Neuzuzüger aus dem Mittelstand attraktiv machen würde. Die Benützer des asilo entsprechen 0,2 Prozent der Bevölkerung. Die Nettobetriebskosten werden mit CHF 275'000.— veranschlagt, was rund 1 Prozent des Steueraufkommens der privaten Haushalte entspricht. Nach reiflicher Güterabwägung gelangt die FDP-Fraktion zum Schluss, dass wir uns die Umwandlung des asilo in eine Gemeindeinstitution nicht leisten dürfen. Wir sehen bereits weitere Ansprüche auf uns zukommen. Unter anderem der vom Bildungsgesetz vorgesehene Mittagstisch und die Einführung der Blockzeiten. Das Parlament hat im April dieses Jahres bereits massive zusätzliche Ausgaben für die Jugendbetreuung bewilligt. Auch diese Ausgaben für eine Minderheit. Weitere Punkte in der Vorlage geben uns zu denken. So zum Beispiel die

CHF 12'000.— Miete der katholischen Kirche, welche sich wohl vollständig vom sozialen Engagement verabschiedet hat. Hat man mit den Arbeitgebern der betroffenen asilo-Benützer geredet? Im weiteren stellt man hohe Anforderungen an die Qualifikation des Personals mit entsprechender Kostenfolge fest. Dies spricht alles für die private Führung eines solchen Hortes. Hilfe zur Selbsthilfe ist gefragt. Durch die Angebote im Sozialbereich werden wir immer attraktiver für die bedauernswerten Zuzüger aus bescheidenen Verhältnissen. Diese Tendenz der Lastenverteilung wollen wir stoppen und Pratteln darf nicht immer ärmer werden. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates und lehnen die Übernahme des asilo „cappuccetto rosso“ ab.

Urs Hess: Wir haben schlichtweg kein Geld für das asilo „cappuccetto rosso“. Wir haben eine Vorlage erwartet, wo die ganzen Kosten aufgeführt sind. Diese Vorlage ist eine „Mogelpackung“. Das vom Kanton zu erwartende Geld ist eine unsichere Angelegenheit. Wir bitten Sie, dem Antrag des Gemeinderates zu zustimmen.

Maya Wittwer: Bereits im letzten Jahr wurde eine Vorlage betreffend „cappuccetto rosso“ im Einwohnerrat behandelt. Dabei haben wir den im asilo tätigen Personen Auflagen, aber auch Hoffnung gemacht. Die Auflagen wurden im Rahmen des möglichen erfüllt. Das neue Bildungsgesetz und der erwähnte Mittagstisch ersetzen das asilo in keiner Weise. Im asilo werden Kinder im Vorschulalter betreut und wenn die Mütter dieser Kinder nicht mehr arbeiten können, dann kommen andere Kosten auf die Gemeinde zu. Diese Frauen zahlen keine Steuern mehr und werden fürsorgeabhängig. Die aufgeführten Kosten entstehen nicht zuletzt auch deshalb, weil die Anforderungen des Kantons erfüllt sein müssen. Wir tätigen hier eine gute Investition und das Argument, dass wir die armen Leute anziehen und die reichen Leute abstossen, ist schlichtweg nicht wahr. Wir müssen aufhören zu jammern und wir müssen akzeptieren, dass wir gewisse vorgegebene Strukturen in unserer Gemeinde haben. Ich bitte Sie, den Beschlussentwurf des Gemeinderates nicht anzunehmen.

Heinz Mattmüller: Wir Schweizerdemokraten möchten nicht, dass Pratteln sozial aus dem Rahmen fällt, weder im positiven noch im negativen Sinn. In der Kostenzusammenstellung in der Beilage 2 wird mit den Gemeinden Muttenz und Birsfelden verglichen. Es ist aber nicht ersichtlich, wie sich die Kosten genau zusammensetzen und wünschen uns eine wenig mehr Transparenz. Wenn ich von den CHF 420'000.— im „Chäferhuus“ ausgehe, dann ergibt das bei 30 Ganztagesplätzen Kosten von ca. CHF 14'000.— pro Kind im Jahr. Solche Beträge können nie durch Steuereinnahmen der Eltern kompensiert werden. Falls das asilo dazukommt, dann nimmt das finanzielle Formen an, die wir nicht verantworten können.

Nadia Maurer: Wir müssen die Angelegenheit auf zwei Ebenen stellen: die Sachebene und die finanzielle Ebene. Auch uns ist bewusst, dass Pratteln eigentlich kein Geld für so etwas hat. Aber aus der Vorlage geht klar und deutlich hervor, dass Tagesheime im allgemeinen sehr wichtig und im speziellen für Pratteln sehr notwendig sind. An dieser Notwendigkeit halten wir uns. Das Geschäft ist zu wichtig, als dass es mit dem Stempel „kein Geld“ abgelehnt werden kann. Wir sind stark von der positiven und präventiven Wirkung überzeugt. Was wir hier auffangen können, das wirkt sich wiederum finanziell in anderen Bereichen aus. Das bestätigt folgende Aussage in der Vorlage: *„Viele Krisensituationen bei Jugendlichen lassen sich durch eine professionelle Betreuung vor und während der Schulzeit vermeiden.“* Das neue Bildungsgesetz ist kein Argument, weil es nicht auf der gleichen Ebene liegt. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass das asilo eine Gemeindeinstitution werden soll.

Kurt Lanz: Ich möchte von Max Hippenmeyer wissen, ob seine Aussage richtig ist, dass die 46 Plätze der Tagesmütter tatsächlich gleichgesetzt werden mit den Tagesheimplätzen im asilo. Mir ist auch nicht klar, ob die erwähnten 46 Plätze frei oder be

legt sind. Wir haben in der Vergangenheit tatsächlich etwas für die Jugend getan, aber ich erinnere Sie auch an die Diskussion betreffend der Dorfturnhalle.

Heinz Schiltknecht: Ich finde es äusserst „komisch“, wenn Herr Hippenmeyer heute sagt, dass wir kein Geld haben und am 22. April erwähnt: *„50 Prozent von den eigenen Mittel und da haben wir momentan genügend Spielraum, so dass die Dorfturnhalle noch Platz hat“*. Die zweite Aussage war: *„....bin ich heute der Meinung, dass Pratteln sich das sogar leisten muss“*. Damals ging es nach Aussage von Wolfgang Märki um einen Betrag von CHF 200'000.— bis 250'000.— wiederkehrende jährliche Kosten. Entweder haben Sie im April gelogen, oder Sie lügen jetzt. Entweder schauen Sie nur mit einem Auge und sehen nur das, was Sie wollen und das andere schauen Sie gar nicht an. Das ist nicht ehrlich. Für gewisse Dinge ist Geld vorhanden und für gewisse Dinge nicht. Diese Inkonsistenz kann ich nicht verstehen. Privatisierung ist ein wunderbares Schlagwort, welches Gott sei Dank am „abklingen“ ist. Sponsoring ist überhaupt nicht mehr gefragt, denn die Firmen haben die Aufgabe, Gewinn zu erwirtschaften. Wir können nicht auf Private bauen, denn das ist heute eine Illusion.

Markus Dalcher: Selbstverständlich wissen auch wir, dass Blockzeiten und Mittagstisch nicht dasselbe sind wie ein Tagesheim. Aber beides kostet Geld.

Ruedi Brassel: Prävention kostet. Prävention spart aber auch. Ich bitte Euch, die ganze Sache unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Es gibt unterschiedliche Arten von Kosten. Es stimmt, wenn man sagt, Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles Nichts. Wenn wir nicht in die Prävention und bei der Jugend investieren, dann ist wirklich alles Geld Nichts. Ohne Investitionen haben wir mehr Probleme, mehr Orientierungsschwierigkeiten bei den Jugendlichen und mehr Folgekosten. Folgekosten in Form von mehr Schulsozialarbeit. Studien über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Tagesstrukturen sagen eindeutig, dass das Steueraufkommen steigt. Volkswirtschaftlich rentiert es, in Tagesheime zu investieren, weil dadurch möglich wird, dass beide Elternteile mehr Einkommen generieren. Man darf die entstehenden Kosten nicht nur einseitig und linear betrachten. Es ist kein Zufall, dass gerade von Arbeitgeberseite gesagt wird, dass mit Tagesstrukturen gearbeitet werden soll. Sogar das Parteiprogramm der Freisinnigen hat das Thema aufgegriffen und ich bitte Sie, Ihre eigenen Papiere zu studieren. Pratteln wird durch solche Investitionen gerade auch für potentere Steuerzahler/innen attraktiv. Wenn wir die Infrastruktur von Pratteln nicht pflegen und ausbauen, dann haben wir tatsächlich ein Problem, weil diejenigen, denen es nicht passt einfach wegziehen. Der „Rest“ bleibt hier. Zum Impulsprogramm: Der Regierungsratsbeschluss wird sicher nicht in letzter Minute geändert, aber es ist ein Vorschlag auf dem Tisch, welches das Problem betreffend der „asilo-Strukturen“ aufgreift. Ein Problem, das nicht nur Pratteln betrifft, sondern überall besteht, wo die bisherigen Trägerschaften nicht mehr in der Lage sind, die Kosten zu tragen. Man überlegt sich, ob man mit Geldern des Lotteriefonds einen Sanierungsfonds aufgleisen kann, damit die Übergangsphase bei vielen asili überbrückt werden könnte.

Priska Forter: Eine Gemeinde, welche gute Betreuungsplätze anbietet, ermöglicht es auch den Frauen 100 Prozent zu arbeiten. Diese bezahlen dann nicht weniger Steuern als irgendwelche Männer, die immer von Tagesbetreuung von Sozialfällen reden.

GR Max Hippenmeyer: Es geht nicht darum, den Tagesmütterverein mit dem asilo oder dem „Chäferhuus“ zu vergleichen oder gar gegeneinander auszuspielen. Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht, dass man mit CHF 100'000.— 46 Betreuungsplätze abdecken kann. An dieser Stelle möchte ich die Arbeit des Tagesmüttervereins verdanken, welche im Jahr rund 23'000 Betreuungsstunden leisten. Wir haben 51 Plätze im Tagesheim und 46 Betreuungsplätze bei den Tagesmütter. Es handelt sich also nicht um einen Abbau durch die Gemeinde. Die Gemeinde dehnt lediglich nicht aus. Zum Votum von Heinz Schiltknecht: Die Dorfturnhalle ist für mich eine Attraktivitätssteigerung und ich bin der Auffassung, dass alle etwas vom Finanzku

chen erhalten sollen. Die Situation dann war so, dass wir uns die Dorfturnhalle leisten konnten. Neue Ausgaben liegen einfach nicht drin. Heinz Schiltknecht hat anlässlich der Personaldebatte selbst gesagt, dass er keine wiederkehrende Personalkosten haben will. Ich gehe davon aus, dass Herr Schiltknecht auch hier den Gemeinderat unterstützen kann, ansonsten ist auch er unglaublich unwahrscheinlich.

Urs Hess: Übernahmen lösen ein schlechtes Gefühl aus. Da werden Institutionen mit „Herzblut“ aufgebaut und irgendwann werden diese der Gemeinde übertragen, weil es kostet. Wir haben dafür mehrere Beispiele. Unser Schiff ist bereits jetzt überladen und ich bitte Sie, dem Beschluss des Gemeinderates zu zustimmen.

Erika Schaub: Man schiebt uns den „schwarzen Peter“ zu und sagt, dass wir Abbau betreiben. Wir betreiben keinen Abbau sondern lediglich keinen Ausbau. Prävention ist nötig und ich unterstütze sowohl das „Chäferhuus“ als auch die Tagesmütter. Ich stelle fest, dass sich eine christliche Organisation aus der Verantwortung gestohlen hat und dies jetzt der Gemeinde abgeben will. Dem kann ich nicht zustimmen und wir müssen aufhören, in Pratteln immer mehr Geld für solche Projekte auszugeben. Wir haben das Geld schlichtweg nicht.

GR Elisabeth Schiltknecht: Es ist einmal mehr die Realität, dass die Männer am besten wissen, wie Kindererziehung funktioniert. Es ist so, dass wir Tagesmütter und Tagesheime brauchen. Beides sind verschiedene Angebote und nicht jedes Kind eignet sich dafür, zu einer Tagesmutter zu gehen. Mit dem asilo betreiben wir keinen Aufbau, sondern wir bauen tatsächlich ab, wenn das asilo schliessen sollte. Vor über zehn Jahren hat die Gemeinde entschieden, das „Chäferhuus“ nicht auszubauen, weil ja das asilo ebenfalls für die Tagesbetreuung von Kindern zur Verfügung stehe und das Angebot ausreiche. Pratteln sei bestens „versorgt“. Jetzt wird gesagt, dass wir nicht mehr Tagesheimplätze brauchen. Das verstehe ich nicht und wenn gesagt wird, dass wir etwas erarbeiten für 0,2 Prozent der Bevölkerung, dann möchte ich entgegennehmen, dass es keine alleinstehenden minderjährige Kinder gibt. Diese Kinder gehören zu einer Familie. Wir haben keine adäquate Betreuung von Kindern, wo die Betreuung fehlt oder wo die Mütter arbeiten wollen. Nicht nur weil sie arbeiten müssen, sondern weil sie eine gute Ausbildung haben. Auch diese Mütter sollen eine Möglichkeit erhalten, einer Arbeit nachgehen zu können. Wenn Sie gute Steuerzahler in die Gemeinde holen wollen, dann müssen Sie auch etwas anbieten. Die sogenannten schlechten Steuerzahler kommen nicht nach Pratteln, nur weil wir eine Krippe anbieten. Diese kommen, weil sie jemanden kennen und Wohnungen frei sind. Kinder, die nicht betreut und auffällig werden, müssen gegebenenfalls einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen, welcher einiges mehr als CHF 14'000.— pro Jahr kostet. Ein Heimplatz kostet zwischen CHF 250.— und CHF 300.—, allenfalls bis CHF 500.— im Tag. Bei diesen Kosten hat der Einwohnerrat keine Möglichkeit darüber abzustimmen. Sie müssen sich gut überlegen, ob Sie nicht lieber in die Prävention investieren wollen. Die Vorlage ist keine „Mogelpackung“. Das asilo soll gleich gut geführt und die gleichen Löhne bezahlt werden wie im „Chäferhuus“. Es ist kein klassisches asilo mehr, wo für „Gottes Lohn“ gearbeitet wird.

Maya Wittwer: Die Behauptung, dass es sich nicht um einen Abbau handelt, ist schlicht falsch. Wenn eine 40-jährige Institution, welche Tagesheimplätze anbietet geschlossen werden muss, dann ist das ein klarer Abbau.

Olga Aeberhard: Die CVP hat es sich auf die Fahne geschrieben, die Familie und die Kinderbetreuung zu unterstützen. Ich gebe zu bedenken, dass es mehr kosten wird, wenn bei einer allfälligen Schliessung des asilo eine Familie von der Fürsorge unterstützt werden muss. Man darf das Ganze nicht nur aus finanzieller Sicht betrachten. Was passiert mit den 20 bis 32 Kindern, wenn sie nicht mehr im asilo betreut werden? Können wir das verantworten? Ich plädiere dafür, das asilo als Gemeindeinstitution zu übernehmen.

Priska Forter: Nach dem Lesen der Vorlage wirkt der Beschlussantrag wie ein Schlag ins Auge. Die ganze Vorlage ist seriös und logisch aufgebaut. Warum unterbreiten Sie uns eine detaillierte Vorlage, wenn zum vornherein klar war, dass der Beschlussantrag so lauten würde. Das hat mich sehr irritiert.

GR Max Hippenmeyer: Es ist kein Geheimnis, dass der Gemeinderat den Beschluss nicht einstimmig gefällt hat. Wir sind der Meinung, dass der Einwohnerrat ein Anrecht darauf hat, auch die Hintergründe, die Fakten und das pro und contra zu erfahren. Bezüglich der Frage von Frau Aeberhard möchte ich erwähnen, dass Frau Chappuis als verantwortliche Person für die Impulsprogramme anlässlich der Eröffnung eines privaten Tagesheimes in Bottmingen folgendes gesagt hat: „Wenn ihr das schliesst, dann haben diese Eltern innert kürzester Frist eine Lösung im privaten Umfeld gefunden und die Kinder sind dort platziert. Dann werdet ihr Schwierigkeiten haben, die Heimplätze wieder zu füllen“. Das wird passieren. Willy Schneider war auch dabei und kann diese Aussage bestätigen.

Ruedi Brassel: Ich zitiere aus der Vorlage. *„Der Gemeinderat erachtet den Erhalt der bestehenden Tagesheimplätze und die Aufrechterhaltung von guten Rahmenbedingungen als prioritär und hat dieses Ziel in sein Legislaturprogramm 2000 – 2004 aufgenommen.“* Ich weiss schon lange nicht mehr, was für den Gemeinderat prioritär ist. Prioritäten sind eine sehr umstössliche Sache. Das sind Lippenbekenntnisse. Ich habe mit Frau Chappuis gesprochen. Es ist nicht so, dass sie das einfach so sagt, wie dies Max Hippenmeyer zitiert hat. Frau Chappuis ist sehr stark daran interessiert und engagiert sich, dass ein Sanierungsprogramm für die asili aufgelegt werden kann. Das „Schwarz Peter-Spiel“ geht nicht so, dass wir uns gegenseitig den „Schwarzen Peter“ zuspielen. Das wäre ja harmlos. Es ist nämlich so, dass die Familien, welche ihre Kinder im asilo haben, den „Schwarzen Peter“ erhalten. Für diese Familien ist es ein klarer Abbau, auch wenn die Gemeinde selber keine Plätze abbaut. Aber wenn vertreten wir eigentlich ? Nur die Gemeinde, oder auch die Leute, die in dieser Gemeinde leben.

Rudolf Meury stellt den Antrag für Schliessung der Rednerliste.

Abstimmung

Der Rat stimmt mit 15 : 13 Stimmen dem Ordnungsantrag zu.

GR Elisabeth Schiltknecht: a) Das asilo ist über dreissig Jahre alt und ist all die Jahre mit privater Hilfe geführt worden. b) Die Leiterin des erwähnten Tagesheim in Bottmingen hat auch gesagt, dass es nicht möglich sein wird, das Tagesheim ohne Beteiligung der Gemeinden zu führen. Es ist schlicht nicht möglich, ein Tagesheim für alle Bevölkerungsschichten zu führen, ohne dass sich Gemeinden finanziell beteiligen. Man kann sicher auch private Tagesheime führen, wo nur gutverdienende Personen kommen und bereit sind, etwa CHF 2'500.— zu bezahlen. So wie Sie argumentieren, meine Herren, so geht Tagesbetreuung nicht! Und die Zukunft wird noch mehr solche Plätze verlangen, denn nicht alle Frauen wollen nur zu Hause bleiben und die Kinder hüten, auch wenn es die wichtigste Arbeit dieser Welt ist.

Abstimmung

Heinz Schiltknecht: Das Geschäftsreglement kennt die Variantenabstimmung nicht und ist für mich ein absolut neuer Begriff. Vielleicht haben wir das noch nie angewendet, aber ich weiss einfach noch nicht, wie man jetzt darüber abstimmen soll.

Ruedi Brassel: Der Beschlussantrag muss dem ersten Punkt der Variante gegenübergestellt werden. Über die Punkte 2 – 4 stimmen wir nur ab, falls Punkt 1 der Variante obsiegt.

ER-Präsident Stefan Löw lässt über den Beschlussentwurf und den ersten Punkt der Variante abstimmen.

Der Rat beschliesst mit 18 : 14 Stimmen:

://: Der Einwohnerrat lehnt die Übernahme des asilo „cappuccetto rosso“ als Gemeindeinstitution ab.

Geschäft Nr. 2212 Gründung einer Aktiengesellschaft Kopfstation der Grossgemeinschafts- Antennenanlage GGA

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 21. Mai 2002
- Bewertung der Kopfstation vom 14. April 2002

Eintretensdebatte

Werner Graber: Wir haben den Antrag mit dem Ist-Zustand verglichen und Vor- und Nachteile gesucht. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die Nachteile überwiegen. Die Mehrheit verbleibt in der Hand von Pratteln und bringt gegenüber von heute keine Veränderung. Die Anträge werden neu an den Verwaltungsrat und nicht mehr an den Gemeinderat gestellt. Heute wird beteuert, dass keine Gebührenerhöhung vorgesehen ist; bei einer AG lässt sich das aber ganz einfach bewerkstelligen. Verwaltungshonorare und Sitzungsgelder werden von der AG selber beschlossen und auf die Bezüger abgewälzt. Kein Verwaltungsrat wird ehrenamtlich arbeiten. Der Einwohnerrat hat keine Möglichkeiten mehr, in irgend einer Form Einfluss zu nehmen auf die Weiterentwicklung der Kopfstation. Das liegt alleine beim Verwaltungsrat. Wenn der Verwaltungsrat vom Gemeinderat Pratteln gebildet wird, so hat dieser die Mehrheit und kann „Schalten und Walten“ wie er will und ohne Problem die Kopfstation verkaufen. Es stellen sich viele Fragen: Wie steht es mit den Aktien ? Unter welchen Bedingungen werden die Aktien den Verwaltungsräten abgetreten und wer nominiert die Vertreter in den Verwaltungsrat ? Wie werden die Aktien in der Rechnung erscheinen ? Bleiben sie mit CHF 10'400.— in der Rechnung oder wird die Bewertung je nach Lage beeinflusst ? Aufgrund dieser offenen Fragen stellt die SP-Fraktion den Antrag, nicht auf das Geschäft einzutreten.

Wolfgang Märki: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten. Wir finden das eine gute Sache und wir möchten über das Thema reden.

GR Rolf Wehrli: Die vorgetragenen Argumente kann ich insofern nachvollziehen, weil diese im Zusammenhang mit anderen Privatisierungen schon diskutiert worden sind. Es geht aus der Vorlage hervor, dass es hier nicht ganz soweit geht, wie im allgemeinen Privatisierungen verstanden werden. Ich gehe davon aus, dass nach einer Privatisierung der Verwaltungsrat auf Antrag einer Betriebskommission oder eines Beirates nicht sofort umstellen und verkaufen wird. Das wäre ja völlig unglaublich und ist ja auch nicht die Absicht. Hier geht es um eine Anbindung unserer Partnergemeinden. Auch um eine moralische Anbindung. Die Vorlage wurde zu einem Zeitpunkt ausgearbeitet, wo die Partnerschaft absolut funktioniert hat. Und die funktioniert seit Jahren

und bis heute. Wir haben auch nicht auf irgendwelchen Druck hin die Vorlage erarbeitet. Damit wir die Argumente diskutieren können müssen wir auf die Vorlage eintreten.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 16 : 14 Stimmen Eintreten und Direktberatung.

Direktberatung

GR Rolf Wehrli: Zusammen mit unseren Partnergemeinden Augst, Giebenach, Kaiseraugst, Rheinfelden, Olsberg und Schweizerhalle Pratteln/Muttenz wollen wir die Kopfstation der Grossgemeinschafts-Antennenanlage GGA in eine Aktiengesellschaft überführen. Das geschieht nicht zum Selbstzweck. Gute Gründe sprechen dafür und wir sind nach intensiven Verhandlungen übereingekommen, dass wir einen wichtigen und überzeugenden Schritt in eine weiterhin erfolgreiche Zukunft machen werden. Das insbesondere im Interesse der an die GGA angeschlossenen Haushalte respektive der Bevölkerung. Heute geht es um die Kopfstation, das Netz bleibt im Besitz der Partnergemeinden. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Aktiengesellschaft ausschliesslich öffentlich-rechtlichen Partnern offen steht und nicht privaten Unternehmungen. Allenfalls werden wir wie bisher mit privaten Unternehmungen zusammen arbeiten. Ziel ist, die Bevölkerung auch in Zukunft mit Radio- und Fernsehsignalen in technisch einwandfreier Qualität und zu günstigen Preisen zu versorgen. Die Entwicklungen im Markt bedingen eine Struktur und eine Organisation, welche umsichtig, schnell und flexibel handeln kann. Unsere Partnergemeinden, und mit ihnen die Bevölkerung, sind in der aktuellen Struktur immer auf die Entscheide des Gemeinde- und Einwohnerrates von Pratteln angewiesen. Nicht zuletzt über das Budget. Es liegt in unserem ureigenen Interesse, die Partnergemeinden einzubinden und somit das eigene Risiko sinnvoll und zweckmässig auf mehreren Schultern zu verteilen. Die Bevölkerung von Pratteln war und ist darauf angewiesen, mit Partnergemeinden zusammen zu arbeiten. Nur so konnten und können wir auch in Zukunft einen günstigen, übrigens seit der Inbetriebnahme der Kopfstation in den 80-iger Jahren gleichbleibenden Abonnementspreis, anbieten. Ohne unsere Partner war und wäre das nicht möglich gewesen, der Bevölkerung den weit über die Kantonsgrenzen hinaus günstigste Preis zur Verfügung zu stellen. Die Partnergemeinden haben durch die langjährige Zusammenarbeit die Kopfstation mitfinanziert. Es ist ein ganz einfaches Prinzip: Je mehr Abonnenten, desto tiefer der Preis für den einzelnen. Mit der Gründung einer Aktiengesellschaft wollen wir die Partnergemeinden vom moralischen Mitbesitzer zum Mitbesitzer der Kopfstation machen. Wir sind in der komfortablen Lage, dass unser Netz den modernsten Anforderungen genügt. Die um- und weitsichtige Politik des Einwohnerrates und des Gemeinderates haben dazu geführt, dass wir nicht mit einer Gebührenerhöhung oder gar Verkauf des Netzes dafür sorgen müssen, das Netz den Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen. Sie haben sicher festgestellt, dass in den letzten Monaten verschiedene Gemeinden ihr Netz verkaufen mussten, damit sie die Bedürfnisse auch in Zukunft abdecken können. Diese Gemeinden haben ihr Netz nicht unterhalten und die nötigen Investitionen dann nicht mehr finanzieren können. Bei einem allfälligen Verkauf ist längerfristig damit zu rechnen, dass die Signallieferungsgebühren ansteigen würden. Das wollen wir nicht. Das vorliegende Konzept und die Statuten sind von den Partnergemeinden eingehend geprüft und in der vorliegenden Fassung genehmigt worden. Mit der Gründung der Aktiengesellschaft für die Kopfstation, reagieren wir rechtzeitig und passend, mit einer vernünftigen Lösung auf den veränderten und sich schnell weiterentwickelnden Markt, ohne (und dies ist von besonderer Bedeutung für die Bevölkerung) die Zügel aus der Hand zu geben. Die Aktiengesellschaft Kopfstation ist nicht gewinnorientiert. Es werden auch keine Verwaltungshonorare bezahlt, wie dies in der Wirtschaft gemacht wird. Geschweige denn Abgangsentschädigungen. Ihre Gebührenpolitik gestaltet sich ausschliesslich im Interesse und zu Gunsten der Bevölkerung, respektive einer den

Anforderungen entsprechend unterhaltenen Kopfstation. Ich bitte Sie, den Beschlussanträgen 1 und 2 des Gemeinderates zuzustimmen. Damit beschreiten wir für die nächsten Jahre eine gesicherte Zukunft.

Kurt Lanz: Anstelle der Aktiengesellschaft ist es durchaus möglich, dies mit einer anderen Körperschaft zu lösen. Bei der Jugendmusikschule wurde dies auch gemacht. Die Zusammenarbeit mit den Partnergemeinden wäre ebenso gut mit der Bildung einer Kommission möglich. Ich möchte Auskunft darüber, wie das mit dem Verkaufspreis der Kopfstation funktioniert. Der Verkaufspreis ist mit CHF 100'000.— angegeben und die Bewertung beläuft sich auf CHF 540'000.—. Wo bleiben die CHF 440'000.— und wo läuft diese Geld hin? Im Artikel 19 werden die Vergütungen angesprochen und es steht, dass diese Vergütungen vom Verwaltungsrat selbst festgelegt werden. Ich möchte wissen, wie das dann funktioniert. Auch kann der Verwaltungsrat entscheiden, an wen die Aktien verkauft werden. Im weiteren kann der Verwaltungsrat die Aktien veräussern und Umwandlungen vornehmen und wir haben dazu nichts mehr zu sagen. Ich bitte Sie, der Umwandlung nicht zu zustimmen.

Rudolf Meury: Pratteln hat in Sachen GGA immer eine glückliche Hand gehabt. Günstige Kosten, sehr guter digitaler Empfang, fast keine Störungen, internettauglich und fast keine „Schüsseln“ im Dorf. Doch auch diese werden mit der Zunahme des digitalen Empfangs sicher auch verschwinden. Wieso soll es nicht so weiter gehen? Wir sind dafür.

Wolfgang Märki: Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Wir finden die Aufteilung richtig. Das Netz ist das Kapital und verbleibt bei der Gemeinde. Im Gegensatz dazu muss die Kopfstation flexibler gehandhabt werden und ist nicht vergleichbar mit der Trinkwasserversorgung. Diese Handhabung in Form einer Aktiengesellschaft ist richtig. Eine Aktiengesellschaft, wo alle die bis anhin daran bezahlt haben auch beteiligt sind. Die Befürchtung, dass Aktien an irgendjemanden übertragen werden, ist unbegründet und ich verweise auf die Statuten. Das Betreiben einer Kopfstation ist nicht ohne Risiko verbunden. Die Technik entwickelt sich. Wenn wir das ganze in eine Aktiengesellschaft auslagern, dann ist das verbleibende Geld das Risikokapital. Das ist geschickter, als wenn dies bei der Gemeinde verbleibt.

Achille Babbi: Unabhängig bezüglich der Vorteile und Nachteile bei einer Umwandlung möchte ich darauf hinweisen, dass es an einer wichtigen rechtlichen Voraussetzung fehlt. Es stellt sich die Frage, wer im Namen der Gemeinde das Aktionärsrecht bzw. die Pflichten ausübt. Sowohl in der Gemeindeordnung, noch sonst in einem Reglement ist diese Befugnis geregelt. Das ist nicht klar und wir müssen zuerst eine gesetzliche Grundlage schaffen, bevor wir hier zustimmen können. Der Einwohnerrat gibt hier eine Überwachungskompetenz aus der Hand. Im weiteren bezweifle ich die Aussage von Herrn Märki bezüglich Risikokapital. Wenn die Gemeinde die Aktien handelt, dann bin ich nicht überzeugt, ob nicht aufgrund des Verantwortlichkeitsgesetzes die Staatshaftung einfach wegzubedingen ist und sich die Gemeinde von der Haftung heraushalten kann.

Heinz Schiltknecht: Ich gehe davon aus, dass die Aussage von Herr Wehrli, dass man nicht im Sinn hat, sofort zu verkaufen, nicht so gemeint gewesen ist. Ich habe aber eine Frage bezüglich der Statuten: Sie haben gesagt, dass nur öffentlich-rechtliche Partner in Frage kommen und die Aktiengesellschaft nicht gewinnorientiert sei. Statuten können bei einer AG durch die Aktionäre innerhalb von fünf Minuten geändert werden. Mit einer Zustimmung geben wir alles weg und der Einwohnerrat hat nichts dazu zu sagen. Ich kenne auch keine Aktiengesellschaft, welche nicht gewinnorientiert ist. Das ist ein Widerspruch. Dann könnte man auch eine Genossenschaft gründen. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass bei grösseren Investitionen nicht das Risikokapital benützt wird, sondern Tarifierhöhungen die klare Folge sein werden.

Aus diesen Gründen und weil das Aktienrecht sehr vieles erlaubt, kann ich dieser Vorlage in dieser Form nicht zustimmen.

Stephan Ackermann: Die Kopfstation wird privatisiert, das Netz bleibt bei der Gemeinde. Wie wird das Netz finanziert und wo fließen die gesamten Gebühren hin? Dieser Zusammenhang ist mir nicht ganz klar. Gemäss den Aussagen von Heinz Schiltknecht ist es einfach, die Statuten zu verändern. Ist das wirklich so einfach? Ich stelle aber fest, dass in den Statuten eine Kann-Formulierung steht und der Verwaltungsrat nicht verhindern kann, dass eine Firma die AG übernehmen kann.

GR Rolf Wehrli: Zu Ihren Fragen: Auf Stufe Verordnung kann auch der Gemeinderat allfällige Änderungen sofort vollziehen. Der Einwohnerrat kann das auf Stufe Reglement. Dies dauert meistens etwas länger als in einer AG. Aber auch eine AG muss eine Mitgliederversammlung einberufen und ich bitte Sie, etwas Vertrauen in unsere Institution zu haben. In dieser AG sind nur Gemeindevertreter, welche das Stimmrecht wahrnehmen. Auch bei der Hardwasser AG hat die Gemeinde Aktien und das Aktienstimmrecht wird vom Gemeinderat resp. vom zuständigen Departementchef in Vertretung der Gemeinde wahrgenommen. Da braucht es keine zusätzliche Regelung. Das wichtigste Gremium der AG ist sicher der Verwaltungsrat. Wir möchten aber einen Beirat wie bis anhin schaffen, wo jede Partnergemeinde nach wie vor eine Stimme hat. Dort wird entschieden, wie dies bis anhin in der bestens funktionierenden Betriebskommission geschehen ist.

Bezüglich Risikokapital: Die AG muss sich mit den Gebühren selbst finanzieren. Wir haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass wir aufgrund der guten Bewirtschaftung der GGA und dank den Partnergemeinden immer günstige Signalgebühren anbieten konnten. Im Markt gibt es diverse AG-Gründungen. So zum Beispiel auch in Reinach. Wenn wir das nicht machen und nicht die gleiche Organisation haben, können wir nicht so eng miteinander arbeiten. Auch im Oberbaselbiet sind verschiedene AG's entstanden, die ihr Netz verkaufen oder vermieten. Das wollen wir nicht. Falls die Kopfstation mit einer grösseren Investition ausgebaut werden müsste, dann muss die AG dies über das Kapital finanzieren. Der Verkaufspreis von CHF 100'000.— wurde mit den Partnergemeinden festgelegt. Die Bewertung beträgt CHF 540'000.—. Obwohl die Anlage zweckmässig eingerichtet ist und den heutigen Anforderungen entspricht, ist nicht davon auszugehen, dass diese von einem Dritten gekauft wird. Falls der Verwaltungsrat die CHF 100'000.— in der Buchhaltung höher bewerten will, dann ist das sein Entscheid.

Zu den Gebühren: Wir haben mit den Partnergemeinden kündbare Verträge. Wenn nur zwei Partnergemeinden mit 10'000 Abonnenten weggehen sollten, dann zahlen wir und die verbleibenden Gemeinden relativ rasch höhere Gebühren. Es formieren sich neue AG's und es ist durchaus möglich, Partnergemeinden zu verlieren. Wir wollen im eigenen und im Interesse der Partnergemeinden diese mehr anbinden. Signallieferungsgebühren von 80 Rappen bis CHF 1.10 ist das eine, und der Abopreis von ca. CHF 10.—, welcher die Netzunterhaltung beinhaltet, das ist das andere. Andere Gemeinden haben fatalerweise mit den Einnahmen keine Investitionen in das Netz getätigt und sitzen heute auf einem „uralten“ Netz. Diese sind heute gezwungen, das Netz zu verkaufen. Das ist bei uns nicht der Fall, weil wir das Geld nicht zweckentfremdet verwendet haben. Wir haben damit das Netz unterhalten. Ein Netz, das eines der modernsten in der ganzen Schweiz ist. Unter diesen Voraussetzungen starten wir gut in diese Aktiengesellschaft.

Zu Herrn Schiltknecht: Es ist sicher nicht in unserem Interesse, das zu verkaufen. Wenn wir an eine private, gewinnorientierte Firma verkaufen würden, dann bin ich sicher, dass die Signalgebühren mittelfristig erhöht werden. Der Shareholder ist hier nicht der Aktionär, sondern die Bevölkerung mit günstigen Signalgebühren. Nicht gewinnorientiert heisst, dass wir unsere Tarife so gestalten, dass wir unsere Kopfstation und mit der Abo-Gebühr das Netz unterhalten können. Der Signalpreis muss nicht höher sein. Wir wollen keine Dividende ausbezahlen. Das Ziel ist, längerfristig, das heisst sicher für die nächsten 3 bis 5 Jahre so günstig wie bis anhin zu sein. Es ist

tatsächlich ein „Freudscher“ Versprecher gewesen, denn wir wollen die GGA gar nicht verkaufen. Der Verkauf von Aktien ist nicht so einfach. Das ist nur an einen öffentlich-rechtliche Partner oder einer Genossenschaft vorstellbar, welche zu uns stossen möchte und die gleichen Interessen hat. Sicher nicht an unseren Ingenieur oder den Netzkabelverlegern.

Es ist in unserem Interesse, jetzt die Weichen zu stellen, damit wir mittel- bis längerfristig die Partnergemeinden anbinden können und eine Erhöhung der Signalgebühren verhindern.

Fredi Wiesner: Die SVP-Fraktion ist für eine Gründung einer AG und es ist uns ein Anliegen, dass die Gebühren nicht erhöht werden. Uns beschäftigt aber die Bewertung der Anlage mit CHF 540'000.— und das Aktienkapital von CHF 100'000.—. Ich möchte noch wissen, wie hoch sich die anderen Gemeinden an diesen CHF 540'000.— beteiligt haben und was passiert, wenn doch verkauft wird. Dann wird ja Geld eingenommen und an die Aktionäre weitergeben. Kommt da die Gemeinde nicht zu kurz ?

GR Max Hippenmeyer: Aus dem Votum von Heinz Schiltknecht höre und spüre ich nur Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat und den involvierten Personen. Es geht darum, die Partner einzubinden, damit sie nicht abspringen. Die Folge davon wäre, dass weniger Leute die rasant anfallenden Investitionen finanzieren. Die Gemeinde müsste Kapital binden, welches wir besser verwenden können. Wie reagiert der Einwohnerrat, wenn Pratteln allein CHF 300'000.— in die Kopfstation investieren müsste, weil keine Partner mehr da sind ? Eine Alternative wäre ein Zweckverband, wobei der Einfluss von Pratteln nicht so gross wäre.

Zu Fredi Wiesner: Der Buchwert beträgt CHF 10'400.— und der Wert der Kopfstation ist eine Annahme und variabel. Die stillen Reserven betragen somit CHF 89'600.—. Die Partnergemeinden haben an die mit einem bestimmten Faktor vorgenommenen Abschreibungen durch den Bezug der Signalgebühren mitbezahlt. Der Markt ist rasant in Bewegung. Die Anbieter EBL-com, cablecom und Balcab drängen auf den Markt. Wenn wir nicht handeln und keine tragfähige Konstruktion haben, laufen wir Gefahr, dass wir irgendwann eine Investitionsruine haben. Wer trägt dann die Verantwortung ?

Heinz Schiltknecht: Im Artikel 11 steht ganz kurz: „.....unter dem Vorbehalt der Bestimmungen über die Universalversammlung.....“ Die Universalversammlung bedeutet, dass wenn 100 Prozent des gesamten Aktienkapitals vorhanden ist, können diese beschliessen, was immer sie wollen. Es muss keine Einladung erfolgen. Der Einwohnerrat übt eine Aufsicht aus und die Legislative gibt den Auftrag, nicht die Exekutive. Im übrigen ist das Geld der GGA zweckgebunden zu verwenden. Bis jetzt habe ich noch keine Gründe und Vorteile gehört, warum wir dieser Vorlage zustimmen sollten. Es funktioniert bis heute sehr gut, nicht zuletzt dank dem Einwohnerrat. Bei den erwähnten Firmen cablecom etc. geht es meistens um das Kabel und nicht um die Kopfstation. Ich habe den leisen Verdacht, dass jetzt die Kopfstation privatisiert werden soll, dann das Kabel und dann das Wasser. Die vorliegenden Statuten sind im Moment gültig. Wie lauten diese, wenn die AG gegründet worden ist ? Bis anhin kann der Einwohnerrat über das Budget Einfluss nehmen, nach der AG-Gründung hat der Einwohnerrat gar nichts mehr zu sagen.

GR Rolf Wehrli: Ich kann viele Argumente von Herrn Schiltknecht nachvollziehen. Der Grund für diesen Schritt ist auch die Tatsache, dass die Partnergemeinden auf uns zugekommen sind. Diese Partnergemeinden wollen nicht nur abhängig sein von Entscheiden des Gemeinderates und Einwohnerrates. Auch diese Gemeinden müssen gegenüber ihrer Bevölkerung Rechenschaft ablegen. Es geht nicht um das Netz aber auch Balcab und cablecom verkaufen Signallieferungsgebühren. Wir haben auch nicht vor, das Netz zu verkaufen. Es geht um etwas anderes, als um eine Totalprivatisierung. Die Messlatte für die Anzahl Aktien, welche die Gemeinden erhalten

ist die Anzahl Haushalte pro Gemeinde. Die geplante Vorgehensweise ist ein gutes Geschäft und sicher kein Verlustgeschäft.

Kurt Lanz: Die Aussage von Max Hippenmeyer bezüglich der Bewertung erstaunt mich doch sehr. Ich kann nachvollziehen, wenn das Problem bei den Partnergemeinden gesehen wird. Aber alle anderen Argumente überzeugen mich nicht. Wenn wir investieren müssen, dann müssen wir dies so oder so tun. Wenn aus irgendwelchen Gründen Rheinfelden das Gefühl hat, die Signale an einem anderen Ort zu beziehen, dann verbleiben auch weniger, welche bezahlen. Nur weil es eine AG ist, soll dann der Preis nicht steigen ? Der steigt genauso. Die Flexibilität ist mit der heutigen Form gewährleistet. Der Einwohnerrat hat noch nie ein Anliegen des Gemeinderates in Zusammenhang mit der Kopfstation verweigert. Der Gemeinderat hat bis heute ein beträchtliches Mass an freier Hand gehabt und ich möchte, dass es so bleibt wie es jetzt ist.

Werner Graber: Es wird viel von Partnerschaft gesprochen. Was ändert sich gegenüber dem jetzigen Zustand ? Pratteln hat in jedem Fall die Mehrheit und bestimmt, was geschieht. In den anderen Gemeinden wird befürchtet, dass Pratteln die Kopfstation verkaufen würde. Wenn man die Partnerschaft so stark betont, dann wäre es doch möglich, die Aktien nach den Bezüglern aufzuteilen. Dann hat nicht eine Gemeinde die Mehrheit, sondern dann ist es eine Gemeinschaft.

Rudolf Meury: Das Netz gehört uns und bleibt uns. Die Kopfstation ist relativ wenig wert und es geht nur noch um das Signal, welches zum einzelnen Haushalt gelangt. Als Einwohner steht es mir frei, falls die Gebühren stark ansteigen, eine „Schüssel“ zu installieren. Das heisst, dass wenn die AG nicht richtig handelt, dann steht es dem Kunden frei, sich anders zu entscheiden. Hier spielt doch der Markt und der Kunde ist gar nicht auf die GGA angewiesen und es kann passieren, dass wieder vermehrt „Schüsseln“ kommen. Das wird den Einwohnerrat wieder auf den Plan rufen.

GR Rolf Wehrli: Ich bin über die Aussage von Herrn Graber bezüglich der Befürchtungen der anderen Gemeinden doch sehr erstaunt. Wir arbeiten seit 15 Jahren problemlos mit den Gemeinden zusammen und ich kann mir das einfach nicht vorstellen. Die Kopfstation ist dazu da, dass wir Signallieferungen zu möglichst günstigen Preisen erhalten. Es kann doch nicht das Interesse eines Gemeindevertreters sein, die Signalgebühren zu erhöhen. Wir können mit einer AG viel flexibler handeln und auf den sich rasant verändernden Markt reagieren. Sie können uns vertrauen und diesem Geschäft zustimmen.

Wolfgang Märki: Es geht nur darum, das Eigentum an der Kopfstation von der Gemeinde Pratteln in die Aktiengesellschaft einzubringen. Pratteln ist da nicht allein und wenn alle in einem Gremium eingebunden werden sollen, dann ist die gewählte Form einer Aktiengesellschaft ideal.

Priska Forter: Ist es richtig, dass wir bei der Bildung einer Aktiengesellschaft sämtliche parlamentarischen Rechte abgeben und der Einwohnerrat für „immer und ewig“ nichts mehr zu sagen hat ? Oder können wir die Aktiengesellschaft später wieder aufheben ?

GR Rolf Wehrli: In der Aktiengesellschaft ist die Gemeinde Pratteln mit einer bestimmten Anzahl Stimmen vertreten. Das Aktienstimmrecht nimmt der Gemeinderat oder möglicherweise, das muss noch diskutiert werden, ein Delegierter des Einwohnerrates wahr. Der Einwohnerrat hat nicht mehr die Möglichkeit über das Budget Einfluss zu nehmen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 17 : 15 Stimmen:

://: Die Kopfstation der Grossgemeinschafts-Antennenanlage GGA wird in eine Aktiengesellschaft überführt. Die Gemeinde Pratteln beteiligt sich an der zu gründenden Aktiengesellschaft „GGA-Kopfstation Pratteln AG“ gemäss den Gründungsunterlagen.

Der Rat beschliesst mit 17 : 13 Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: Die sich im Eigentum der Gemeinde befindliche Kopfstation wird zum Preis von CHF 100'000.— als Sacheinlage in die zu gründende Aktiengesellschaft eingebracht, wofür 1'000 vollliberierte Namenaktien zu CHF 10.— und 900 vollliberierte Namenaktien zu CHF 100.— ausgegeben werden.

Gegen die beiden Beschlüsse wurde von 13 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten das Behördenreferendum ergriffen. (Ziff. 3.4.8.1 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 27. November 1972)

Geschäft Nr. 2213

Bewilligung von Nachtrags- bzw. Zusatzkrediten / Erneuerung der Heizunterstation im Schulhaus Fröschmatt I

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 4. Juni 2002

GP Willy Schneider: Im Februar 2000 wurden die Kosten für die Sanierung der Heizunterstation von einem Fachplaner geschätzt und mit CHF 105'000.— in die Investitionsrechnung 2001 aufgenommen. Nach dem Beginn der Detailplanung hat man gleichzeitig vom Legionellenproblem Kenntnis genommen. Dem Gemeinderat wurde mitgeteilt, dass man mit Mehrkosten von ca. CHF 24'000.— rechnen muss. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass die Arbeiten während den Sommerferien weitergeführt werden sollen. Der grösste Teil dieses Nachtragskredites ist aufgrund von nötigen und unumgänglichen Anpassungen infolge der Legionellen angefallen. Damit wird das Problem auch in den Duschen nicht mehr auftreten. Ich bitte Sie, der Vorlage zu zustimmen.

Rudolf Meury: Wir werden dem Antrag zustimmen. Ich finde aber, dass dies schlechte Offerten sind, welche zusätzlich Mittel von CHF 20'000.— bedingen. Die Differenz von fast 20 Prozent finde ich „happig“ und man sollte dieser Firma etwas besser „auf die Finger schauen“.

Wolfgang Märki: Legionellen muss man ernst nehmen und die Begründung von Willy Schneider ist einleuchtend. Wir können dem Antrag zustimmen.

GP Willy Schneider: Wenn ein Problem wie die Legionellen auftritt, dann muss der Gemeinderat sofort entscheiden. Eine Einwohnerratsvorlage wäre in diesem Fall wenig sinnvoll gewesen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Nachtragskredit von CHF 20'833.50 für die Erneuerung der Heizunterstation im Schulhaus Fröschmatt I wird bewilligt.

Zusammensetzung 9er-Spezialkommission (Geschäfte Nr. 2219 und 2225)

Die Fraktionspräsidien beschliessen folgende Kommissions-Zusammensetzung:

Stohler Dieter	FDP
Dalcher Markus	FDP
Hess Urs	SVP
Schaub Erika	SVP
Schoch Philipp	Unabhängige/Grüne
Schiltknecht Heinz	SP
Von Arx Christine	SP
Wittwer Maya	SP
Lanz Kurt	SP

Das Präsidium wird von der SVP übernommen.

Die Sitzung wurde um 22.00 Uhr abgebrochen.

Pratteln, 3. September 2002

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Stefan Löw Bruno Helfenberger